

GERHARD KRUIP

## Armutsbekämpfung und "nachhaltige Entwicklung" - der notwendige Beitrag der reichen Staaten des Nordens

### *I. Vorbemerkung*

Auch wenn Fernsehbilder von an Hunger sterbenden Kindern direkt in unsere Wohnzimmer flimmern, bleibt das Leid von mehr als einer Milliarde Menschen, die auf dieser Erde unter oder an der Armutsgrenze leben, weit entfernt von unserer erfahrungsmäßig zugänglichen Lebenswelt und für die meisten unbegreifbar in ihren ursächlichen Zusammenhängen. Trotz 40jähriger Entwicklungspolitik hat sich diese Situation, die *Papst Johannes Paul II.* schon 1979 vor der UNO als "eine Form des Krieges gegen den Menschen" bezeichnet hat<sup>1</sup>, nicht entscheidend verbessert. Die ungebrochene Kontinuität der Katastrophen stumpft ab und nimmt die Motivation zu langfristigem Engagement. Zunehmend wird der "Mythos Entwicklungshilfe"<sup>2</sup> in Frage gestellt und der bislang wirksame Grundsatz "Wie im Westen so auf Erden"<sup>3</sup> angezweifelt. Arbeitslosigkeit und Entsolidarisierung in unserem eigenen Land tragen zusammen mit "Sozialneid"-Kampagnen dazu bei, daß mehr und mehr Menschen sich zu unhinterfragtem Egoismus berechtigt fühlen. Ein minimaler Rückgang des Lebensstandards gerät dann zu einer subjektiv so dramatisch empfundenen Not, daß er auch die von der Solidarität dispensiert, die von Wohlstandseinbußen gar nicht direkt betroffen sind. Dem allgemeinen Sparzwang entsprechend wurde für 1994 auch der Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) auf 8,365 Milliarden DM gekürzt. Sein Anteil am Bruttosozialprodukt fiel damit von 0,39% (1993) auf die Hälfte der 1970 vor der UNO eingegangenen Selbstverpflichtung und von Deutschland auf der UNCED-Konferenz in Río im Juni 1992 nochmals bekräftigten 0,7%. Bundesminister *Carl Dieter Spranger* bezeichnete dieses Ziel inzwischen auch als "unrealistisch".<sup>4</sup>

Wenn allgemein eine Krise des Dritte-Welt-Engagements beklagt wird, so hängt dies auch damit zusammen, daß nach den epochalen Umbrüchen im Osten die Dritte Welt als Projektionsfläche utopischer Sehnsüchte auf eine

---

<sup>1</sup> *Johannes Paul II.*, Ansprache vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am 2.10.1979, Bonn o.J. (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 23).

<sup>2</sup> *Dietmar Dirmoser u.a. (Hrsg.)*, Mythos Entwicklungshilfe, Gießen 1991.

<sup>3</sup> *Wolfgang Sachs (Hrsg.)*, Wie im Westen so auf Erden, Reinbek 1993.

<sup>4</sup> KNA 228, 27.11.93. Die kirchlichen Hilfswerke bezeichneten die Kürzung als "beschämenden Akt" (ebd.).

gerechtere Gesellschaft ausfällt<sup>5</sup>, weil es weder im Osten noch im Süden eine realistische Alternative zum vorherrschenden marktwirtschaftlichen Modell zu geben scheint. Außerdem sind unter den Entwicklungsländern Differenzierungsprozesse so massiven Ausmaßes zu beobachten, daß weniger denn je von der "Dritten Welt" als einem homogenen Block ähnlicher Problemlagen gesprochen werden kann. Dementsprechend ist ein Ende der "Großtheorien" zu konstatieren, die bisher die Ursachen der Unterentwicklung generell zu erklären vorgaben.<sup>6</sup>

Im folgenden kann nur versucht werden, mit Hilfe einer kleinen Auswahl neuerer Literatur in groben Strichen diese Situation nachzuzeichnen, sie zu bewerten und als eine bislang noch viel zu wenig wahrgenommene<sup>7</sup> "Herausforderung" christlicher Sozialethik zu bestimmen.

## II. Armut in der "Drei-Viertel-Welt"

Dem United Nations Development Programme (UNDP) zufolge hat sich der Abstand zwischen Arm und Reich weltweit in den letzten 30 Jahren erheblich vergrößert. Die 20% der Weltbevölkerung, die in den reichsten Ländern leben, hatten im Jahre 1960 Einkommen, die durchschnittlich 30 mal so hoch

<sup>5</sup> Besonders gut beschrieben bei *Franz Nuscheler*, Von der 68er Generation zurück in die Gegenwart, in: *Fritz Erich Anhelm (Hrsg.)*, 1992 - Fünfhundert Jahre danach, Bielefeld 1991, 73-81. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegungen in der Bundesrepublik: *Werner Balsen/Karl Rössel*, Hoch die internationale Solidarität, Köln 1986.

<sup>6</sup> Vgl. *Ulrich Menzel*, Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt/M. 1992. *Ders.*, Geschichte der Entwicklungstheorie, Hamburg, 2., akt. Aufl. 1993, gibt einen guten Überblick (1-47) und eine umfangreiche Bibliographie. Eine gute Bestandsaufnahme der aktuellen Situation liefert *Peter Rotländer*, Dritte Welt - wohin? in: *Arbeiterfragen* 1992/4, 5-34. Für "links-alternative" Ansätze dürften die in *Peripherie* 10 (1990) 39/40, 9-45, dokumentierte Diskussion und *Mohssen Massarrat u.a. (Hrsg.)*, Die Dritte Welt und wir, Freiburg 1993, für diejenige "neue" neoklassische Sichtweise, die die Unterentwicklung auch innerhalb des "mainstreams" ökonomischer Wachstumstheorien als Problem erkennt, dürfte *Helmut Wagner*, Wachstum und Entwicklung, München u.a. 1993, repräsentativ sein. Vgl. auch: *Hans-Rimbert Hemmer*, Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, München, 2. Aufl. 1988; *Dieter Nohlen (Hrsg.)*, Handbuch der Dritten Welt, 7 Bde., Bonn, 3. Aufl. 1992ff; *Franz Nuscheler*, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn, 3. Aufl. 1991.

<sup>7</sup> Obwohl die Dritte Welt seit Mater et Magistra in den Sozialzyklen eine große Rolle spielt, der Beitrag der Kirche(n) zur Entwicklungszusammenarbeit beträchtlich ist (vgl. *Horst Sing*, Hilfe für die Armen in der Dritten Welt? Eichstätt 1990) und die Auseinandersetzung mit den Dritte-Welt-Theologien mit Interesse geführt worden ist, spielt das Thema in unserem Fach noch eine untergeordnete Rolle. Zwar war ihm das 6. Symposium der Kath. Sozialwiss. Zentralstelle Mönchengladbach 1991 gewidmet (*Günter Baadte/Anton Rauscher [Hrsg.]*, Dritte Welt und Entwicklung, Graz u.a. 1992), aber von den im Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften von 1989 bis 1993 aufgeführten 140 Dissertationen und Habilitationsschriften befassen sich nur 16 im weitesten Sinn mit Entwicklungsländern (v.a. in Münster, München, Würzburg und Bochum). Umgekehrt tun sich auch die in der Solidaritätsarbeit Engagierten schwer mit den in unserem Fach noch vorherrschenden Ansätzen: *Bischöfliches Hilfswerk Misereor (Hrsg.)*, Die alten Antworten passen nicht mehr, Aachen 1991. *Franz Furger* hat sich immer wieder eingehend mit der Entwicklungsproblematik auseinandergesetzt: vgl. z.B. *Franz Furger*, Humane Entwicklung und soziale Marktwirtschaft, in: *Thomas Fliethmann/Claudia Lücking-Michel (Hrsg.)*, Im Dienst der Armen, Münster 1992, 33-49.

waren, wie die der Bevölkerungen in den ärmsten 20%. 1990 hat sich dieser Faktor auf 60 verdoppelt. Bezieht man den Vergleich nicht auf Länder, sondern auf Personen, so wird das Ungleichgewicht noch krasser: die 20% Reichsten haben ein durchschnittliches Einkommen, das 150 mal so hoch ist wie das der Ärmsten 20%.<sup>8</sup> Das reichste Fünftel erwirtschaftet 82,7% des Welt-Bruttosozialprodukts, wickelt unter sich 81,2% des Welthandels und 94,6% der kommerziellen Kredite ab, verfügt über 80,6% der Weltersparnisse und 80,5% der Inlands-Investitionen. Mit nur einem Viertel der Weltbevölkerung verbrauchen die Industrieländer 70% der weltweit genutzten Energie, 75% der metallischen Rohstoffe, 85% des Holzes und 60% aller Nahrungsmittel.<sup>9</sup>

Während die Industrieländer im Jahrzehnt von 1980-1989 ein durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,5% aufwiesen (d.h. insgesamt 28%), ging dieses in den Ländern südlich der Sahara jährlich um 2,2% (insgesamt 19,9%) und in Lateinamerika und der Karibik jährlich um 0,6% (insgesamt also um 5,8%) zurück<sup>10</sup>. Mit gutem Grund wurden die achtziger Jahre deshalb für Afrika und Lateinamerika als "verlorenes Jahrzehnt" bezeichnet. In Südasien und Ostasien waren die jährlichen Wachstumsraten erheblich günstiger (3,2% bzw. 6,7%). Trotzdem lebt die größte Zahl der Armen, gemessen an einem Jahreseinkommen von bis zu 370 US-Dollar, in Südasien und Ostasien, nämlich 520 bzw. 280 Millionen, während es in Afrika südlich der Sahara "nur" 180 und in Lateinamerika und der Karibik gar "nur" 70 Millionen sind. Insgesamt kommt die Weltbank in ihren Berechnungen zu einer Gesamtzahl von 1,116 Milliarden Armen in den Entwicklungsländern.<sup>11</sup>

Nur wenn alles getan wird, um Armut zu bekämpfen, kann es nach den Prognosen der Weltbank gelingen, die Zahl der Armen bis zum Jahr 2000 weltweit um etwa 300 Millionen zu reduzieren, überwiegend in Südasien und Ostasien. In Afrika südlich der Sahara wird ihre Zahl um etwa 100 Millionen weiter anwachsen.<sup>12</sup> Tatsächlich ist die Situation dort am dramatischsten. Afrika gilt als "vergessener Kontinent"<sup>13</sup> oder gar als "Abschreibungsprojekt"<sup>14</sup>. Viele der 1990 und 1991 eingeleiteten Demokratisierungsprozesse sind ins Stocken geraten oder haben zu bürgerkriegsähnlichen Situationen geführt. Schwarzafrika hat weltweit die höchsten Wachstumsraten der Bevölkerung, so daß sich die Zahl der Afrikaner/innen von heute knapp 650 Millionen auf 1,6 Milliarden Menschen im Jahr 2025 mehr als verdoppeln

<sup>8</sup> *United Nations Development Programme (UNDP)*, Human Development Report 1992. New York u.a., 1992, 1 u. 34-47.

<sup>9</sup> Alle Zahlen aus *UNDP*, 35 (Anm. 8).

<sup>10</sup> *Weltbank (Hrsg.)*, Weltentwicklungsbericht 1990, Bonn 1990, 19.

<sup>11</sup> Ebd., 35.

<sup>12</sup> Ebd., 6.

<sup>13</sup> Vgl. *Werena Rosenke (Hrsg.)*, Afrika - der vergessene Kontinent? Münster 1991; *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung*, Plädoyer für Afrika, Bonn 1991.

<sup>14</sup> "Abschreibungsprojekt Afrika?" lautet der Titel des Themenheftes von *Peripherie* 12 (1992) 45.

wird. Gleichzeitig hat Schwarzafrika die geringsten Werte der Lebenserwartung von durchschnittlich nur 54 Jahren (Europa: 75) und die höchste Säuglingssterblichkeit von 94 pro 1000 (Vergleich Deutschland: 7/1000). Die Immunschwächekrankheit AIDS breitet sich dort besonders schnell aus und erfaßt die gesamte Bevölkerung. Zurück bleiben oft Dörfer, in denen es nur alte Menschen und Kinder gibt.<sup>15</sup>

Seit 1990 sind jedoch außerhalb Afrikas etwas ermutigendere makroökonomische Tendenzen festzustellen. 1991 hat sich die gesamte Auslandsverschuldung der Dritten Welt nicht mehr erhöht. Die größten Schuldenfälle, darunter Mexiko, das 1982 die Schuldenkrise ausgelöst hatte, gelten als "bewältigt"<sup>16</sup>, nicht zuletzt weil auch die Gläubigerseite (z.B. im "Brady-Plan") zu einem weniger "orthodoxen", pragmatischeren Vorgehen bereit war.<sup>17</sup> Trotzdem haben eine Reihe v.a. der ärmeren Länder immer noch gravierende Schuldenprobleme.<sup>18</sup> Nachdem sich China schon länger einer weltmarktorientierten Entwicklung geöffnet hatte und derzeit spektakuläre Wachstumsraten 12,8% (1992) aufweist, vollzieht mittlerweile auch das zweitgrößte Entwicklungsland Indien eine Wende in Richtung marktwirtschaftlicher Reformen.<sup>19</sup> Auch in Lateinamerika sind die Investitionen gestiegen, Fluchtkapital kehrte zurück und die Inflationsraten sanken. Dies ist um so bemerkenswerter, als sich am Protektionismus der Industrieländer und den niedrigen Rohstoffpreisen kaum etwas geändert hat, auch wenn die nach siebenjährigen Verhandlungen im Dezember 1993 abgeschlossene Uruguay-Runde des GATT Anlaß zur Hoffnung gibt, daß sich die positiven Trends aufrechterhalten lassen.<sup>20</sup>

Freilich ist zu bedenken, daß sie nur die durchschnittlichen Verhältnisse und nicht die Situation der Ärmsten widerspiegeln, deren Situation sich (zumindest zunächst) durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen weiter verschlechtert hat. Neben den ärmsten Bevölkerungsteilen in fast allen Ländern können offenbar auch ganze Kontinente (Afrika), Länder oder Regio-

<sup>15</sup> Vgl. *Alphons Studier*, Aids in Entwicklungsländern, in: *Deutsches Übersee-Institut Hamburg (Hrsg.)*, Jahrbuch Dritte Welt 1993, München 1993, 86-97.

<sup>16</sup> Tatsächlich verringerte sich von 1980 bis 1991 der gesamte Schuldendienst Mexikos im Verhältnis zur Ausfuhr von 49,5% auf 30,9%. In der Kategorie der Länder mit niedrigem Einkommen gibt es demgegenüber eine deutliche Verschlechterung dieser Zahlen von 10,1% auf 21,0% (*Weltbank [Hrsg.]*, Weltentwicklungsbericht 1993, Bonn 1993, 336-337).

<sup>17</sup> Vgl. *Carsten-Thomas Ebenroth/Gabriela Gandara*, El Plan Brady y la negociación de la deuda mexicana, in: *Comercio Exterior (México D.F.)* 40 (1990) 4, 303-308; *Moritz Kraemer*, Lateinamerikas Weg aus der Schuldenfalle - Das Beispiel Mexiko, in: *Thomas H. Diehl (Hrsg.)*, 500 Jahre Conquista - und kein Ende? Marburg 1992, 107-141; *Helmut Reisen*, Vom Schuldenüberhang zur Schuldenerleichterung, in: *Jürgen Siebke (Hrsg.)*, Monetäre Konfliktfelder der Weltwirtschaft, Berlin 1991 (Schriften des Vereins für Socialpolitik NF 210), 163-178.

<sup>18</sup> Zu einer kritischeren Beurteilung vgl. *Jörg Siebert (Hrsg.)*, Die deutsche Rolle in der Schuldenkrise der Entwicklungsländer (Misereor, Berichte und Dokumente 7), Aachen 1993.

<sup>19</sup> Vgl. *Ramesh Thakur*, Abschied von einer gelenkten Ökonomie, in: *Der Überblick* 29 (1993) 4, 67-73.

<sup>20</sup> *Joachim Betz/Volker Matthies*, Die Dritte Welt im Berichtszeitraum, in: *Jahrbuch Dritte Welt 1993*, 9-28 (Anm. 15) u. *Joachim Betz/Stefan Brüne*, Die Dritte Welt im Überblick (1992/93), in: *Deutsches Übersee-Institut Hamburg (Hrsg.)*, Jahrbuch Dritte Welt 1994, München 1994.

nen von der globalen Dynamik ausgeschlossen bleiben. In der Befreiungstheologie wird immer häufiger von einer "Afrikanisierung" Lateinamerikas gesprochen und das entscheidende Problem nicht mehr in der "Abhängigkeit", sondern in diesem "Ausschluß" gesehen.<sup>21</sup> Einer ungebrochenen "Inklusionslogik" der weltweiten Ausbreitung von Marktbeziehungen, modernen Technologien und westlich orientierten Wertvorstellungen entspricht eine schmerzliche "Exklusionslogik", die zunehmend mehr Menschen durch die Zerstörung ihrer traditionellen Wirtschafts- und Lebensweise "freisetzt" und ihre kulturelle Identität zerstört<sup>22</sup>, ohne sie durch die Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen des Modernisierungsprozesses zu integrieren und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Von vielen Menschen in Lateinamerika wird es deshalb schon als "Privileg" empfunden, wenigstens noch (in einem Arbeitsverhältnis) "ausgebeutet" zu werden. Die "Überflüssigen" überleben unter prekären Bedingungen in einem ständig wachsenden "informellen Sektor", der nicht romantisch als eine alternative Kleinökonomie idealisiert werden darf.<sup>23</sup> Am deutlichsten wird die Problematik am Beispiel der Straßenkinder: weil sie ihre Zuflucht verständlicherweise in Kleinkriminalität suchen, werden sie zu Tausenden getötet, was die häufig von Geschäftsleuten gedungenen Mörderbanden als "soziale Säuberungsaktion" bezeichnen.<sup>24</sup> Eine dramatische Warnung, die "Ausgeschlossenen" nicht zu übersehen, war der Indioaufstand in Chiapas<sup>25</sup>, dem südlichsten Bundesstaat des so erfolgreichen Mexikos, das als "Musterknabe" von IWF und Weltbank gilt<sup>26</sup>. Wenn weiterhin ökonomische Modernisierung nicht mit politischen Reformen und sozialem Ausgleich verbunden wird, dann dürfte es bald "zwei, drei, viele Chiapas" geben. Menschen, die heute hungern, lassen sich zu Recht nicht ohne weiteres auf die "langfristig" positiven Folgen heute "notwendigerweise schmerzlicher" Reformmaßnahmen vertrösten.

<sup>21</sup> Vgl. *Pablo Richard*, La Teología de la liberación en la nueva coyuntura, in: *Christus* 56 (1991) 6 [647], 46-53; *Xabier Gorostiaga*, La mediación de las ciencias sociales y los cambios internacionales, in: *José Comblin/José Ignacio González Faus/Jon Sobrino* (Hrsg.), *Cambio social y pensamiento cristiano en América Latina* (Encuentro Internacional en El Escorial, 29.06.-04.07.92), Madrid 1993, 123-144; *Franz J. Hinkelammert*, La lógica de la expulsión del mercado capitalista mundial y el proyecto de liberación, in: *Pasos. Número Especial* 1992/3, 3-20; *Peter Rottländer*, Vom Eigeninteresse zur Moral? Überlegungen zur ethisch-normativen Grundlegung von Entwicklungspolitik, in: *André Habisch/Ulrich Pöner* (Hrsg.), *Signale der Solidarität*, Paderborn 1994, 153-180, hier 160-162. - Ich danke den Herausgebern, daß sie mir vorab die druckfertigen Manuskripte dieses interessanten Bandes zur Verfügung gestellt haben.

<sup>22</sup> Davor warnte auch der *Club of Rome*: *Die Herausforderung des Wachstums. Globale Industrialisierung, Hoffnung oder Gefahr?* Bern 1990.

<sup>23</sup> Vgl. *Hans-Dieter von Frieling*, Das Konzept des informellen Sektors, in: *Eike W. Schamp* (Hrsg.), *Der informelle Sektor*, Aachen 1989, 169-199, u. versch. Beiträge in: *Volkmar Blum* (Hrsg.), *Globale Vergesellschaftung und lokale Kulturen*, Frankfurt/M. 1992, 88-141.

<sup>24</sup> Vgl. *Gilberto Dimenstein*, *Krieg der Kinder*, Neukirchen-Vluyn 1990.

<sup>25</sup> Dazu mein Hintergrundbericht in: *Herder-Korrespondenz* 48 (1994) 3, 147-152.

<sup>26</sup> Vgl. *Kraemer, Moritz* (Anm. 17).

### III. Zur Begründung des Handlungsbedarfs der reichen Länder des Nordens

Im offiziellen politischen Diskurs ist zur Begründung der in der Öffentlichkeit nicht gerade beliebten Entwicklungshilfe<sup>27</sup> der Hinweis auf die Eigeninteressen der Industrieländer vorherrschend. Sicherlich trägt es zum Verständnis der Wirklichkeit bei, wenn man Entwicklungspolitik "als strategisches 'Spiel' zwischen Geber- und Empfängerländern" auffaßt, "wobei es sich um ein Spiel zwischen 'ungleichen Partnern handelt", dessen Basis auf beiden Seiten der Eigennutz ist.<sup>28</sup> Zu Beginn des Ost-West-Gegensatzes spielten vor allem geostrategische und außenpolitische Interessen eine Rolle, wie sie sich im Falle Deutschlands in der Hallstein-Doktrin niederschlugen. Später kamen außenwirtschaftliche Interessen hinzu. "Während des Konjunkturreinbruchs in den Jahren 1966-1968 verteilte das BMZ eine Schallplatte, auf der 'Adolf Tegtmeier als Entwicklungshelfer' definierte: 'Entwicklungshilfe ist, wenn man andere Länder in die Lage versetzt, bei uns zu kaufen.'<sup>29</sup> Tatsächlich wurde nie verschwiegen, daß etwa zwei Drittel der den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellten Mittel für Käufe in Deutschland verwendet werden.<sup>30</sup> Nach dem Zusammenbruch des Bedrohungspotentials des Ostens stehen die ökologischen, ökonomischen und soziopolitischen Risiken weltweiter Ungleichheit stärker im Vordergrund. Entwicklungshilfe wird dann zu einer Art Gefahrenabwehr: "Wir haben erkannt, daß die Umweltzerstörung und Klimabedrohung Probleme darstellen, die an unseren Grenzen nicht halt machen. Drogenanbau und -handel sind inzwischen zu bedrohlichen Phänomenen für Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam geworden. Wir erleben täglich, wie die internationalen Flüchtlings- und Wanderungswellen auch auf unser Land übergreifen und uns nicht nur vor enorme materielle Aufgaben stellen, sondern uns auch mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen konfrontieren, die an unser Selbstverständnis rühren."<sup>31</sup> Tatsächlich ist - um nur auf den letzten Punkt näher einzugehen - nach Angaben des UNHCR weltweit die Zahl der Flüchtlinge von 2,8 Millionen im Jahre 1976 auf 17,3 Millionen im Jahre 1990 gestiegen<sup>32</sup>. Die meisten Flüchtlinge haben in Ländern Afrikas und Asiens Zuflucht gefunden. Nur knapp 900.000 befinden sich in Europa, wo die Zu-

<sup>27</sup> Berichte über das Scheitern von Projekten "verkaufen" sich leichter (das Buch *Brigitte Erler*, *Tödliche Hilfe*, Freiburg i.Br. 1985, erreichte im ersten Jahr des Erscheinens bereits 4 Auflagen!) als Berichte gelungener Hilfe. In der Reihenfolge der Präferenzen der Bundesbürger nimmt die Entwicklungshilfe einen niedrigen Rang ein (abnehmend übrigens mit größerem Einkommen bzw. höherem Alter): *Klaus Mackscheidt*, Die Präferenzen der Bürger für staatliche Entwicklungshilfe, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 39 (1988) 259-271.

<sup>28</sup> *Wagner*, *Wachstum*, XII (Anm. 6).

<sup>29</sup> *Nuscheler*, *Lern- und Arbeitsbuch*, 225 (Anm. 6).

<sup>30</sup> *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) (Hrsg.)*, *Politik der Partner*, Bonn 1990, 59.

<sup>31</sup> So *Carl Dieter Spranger* im Vorwort zum *Entwicklungspolitik-Jahresbericht 1992*, Bonn 1993, 1.

<sup>32</sup> *Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.)*, *Weltbevölkerungsbericht 1992*, Bonn 1992, 24. Vgl. *Karl Steinacker*, *Flüchtlingskrisen*, München 1992.

nahme zwischen 1976 und 1990 im Weltmaßstab auch am geringsten ausfiel. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die Bürgerkriege in Afrika, drohende Hunger- und Umweltkatastrophen machen die erschreckenden Prognosen eines weiter anwachsenden Migrationsdrucks plausibel. West- und Mitteleuropa wird sich kaum als Wohlstandsinsel in einem Meer von Krieg, Umweltzerstörung und sozialem Elend abschotten können. Deshalb wächst die Angst vor der Konkurrenz möglicher Zuwanderer um Arbeitsplätze und Wohnraum sowie vor vermeintlicher Überfremdung durch deren kulturelle Andersartigkeit, eine Angst, die sich europaweit - teilweise durch politische Interessen manipuliert - in Rassismus und faschistoider Gewalt steigert. So gibt es gute Gründe, durch eine effektive Armutsbekämpfung in den Ländern der Dritten Welt die Ursache der Armutsmigration zu lindern, um die Folgeprobleme in den Industrieländern zu vermeiden.

Einem neoklassischen Argumentationsmodell ist "Altruismus" ohnehin suspekt<sup>33</sup>. Wenn darüber hinaus zynischerweise die Ursachen der Unterentwicklung allein auf die soziokulturellen Präferenzen der armen Länder selbst zurückgeführt werden, ihre Unterentwicklung also "freiwillig" ist, gibt es auch keinen anderen Grund als den des Eigennutzes, sie von diesen Präferenzen abzuhalten.<sup>34</sup> Weit fruchtbarer als eine solche, polemisch auf Abwehr von Ansprüchen gerichtete Argumentation ist ein umfassender vertragstheoretisch-institutionenethischer Ansatz, der getragen ist vom Anliegen einer freilich noch zu begründenden "globalen Solidarität".<sup>35</sup> Ausgehend von einer dem Gedanken der "Exklusionslogik" ähnlichen Analyse, die die Ursache der Armut in der "Beziehungslosigkeit", d.h. dem "Fehlen berechtigter - i.S.v. seitens der Adressaten anerkannter - Ansprüche"<sup>36</sup> der Armen sieht, plädieren *Habisch* und *Homann* für eine umfassende Vergesellschaftung im allseitigen Interesse, d.h. die Vereinbarung von Regeln, die die Kooperationschancen der Individuen über einmalige spontane Tauschakte hinaus durch verlässliche gegenseitige Verhaltenserwartungen absichern. Dabei begründen sie dies nicht "moralisch" (etwa im Sinne einer entgrenzten Nächstenliebe oder universalen Gerechtigkeit), sondern streng aus den Eigeninteressen der Individuen heraus. Ansprüche "sozialer Gerechtigkeit" seitens der mit geringer ökonomischer oder physischer Macht ausgestatteten "Armen" werden in diesem Modell Anerkennung finden, weil angesichts komplexer werdender Abhängigkeiten und prekärer Stabilitäten "der freien

<sup>33</sup> *Wagner* vermutet, daß sich hinter altruistischen Argumentationsformen der "Eigennutz" der Gewissensberuhigung oder der Vermeidung von Prestigeverlusten verbirgt: *Wachstum*, 9-11 (Anm. 6).

<sup>34</sup> *Wagner*, *Wachstum*, 65-67 (Anm. 6), setzt sich kritisch mit dieser These auseinander. Der entscheidende Einwand ist der (bei ihm nur angedeutete) Hinweis auf extreme Machtungleichgewichte in diesen Ländern, in denen es dem Eigeninteresse der Eliten (zumindest in deren Wahrnehmung) entsprechen kann, das Land in extremer Armut festzuhalten.

<sup>35</sup> Ausgezeichnet vorgeführt von *André Habisch/Karl Homann*, *Der Ertrag der Kooperation. Institutionenethische Zugänge zur Nord-Süd-Problematik*, in: *Habisch/Pöner* (Anm. 21), 113-138.

<sup>36</sup> *Habisch/Homann*, 114 (Anm. 35).

Zustimmung einzelner und kleiner Gruppen zum gesellschaftlichen Arrangement als ganzem eine neue Bedeutung" zukommt. Die Verwirklichung der Interessen auch der Mächtigeren hängt nämlich davon ab "daß sich keine Gruppe so stark benachteiligt sieht, daß sie den Konsens verweigert". "Konsens ist mithin empirisches wie normatives Kriterium moderner Gesellschaft"<sup>37</sup> Der Nutzen von Kooperation liegt vor allem in der Überwindung von Gefangenendilemma-Strukturen, die nur zweitbeste Lösungen erlauben.<sup>38</sup> Auf die Dritte-Welt-Problematik bezogen lautet das Argument dann folgendermaßen: "Es liegt daher im langfristigen Interesse der Dritten und der Ersten Welt, weltumspannend $\ddot{e}$  dauerhafte Austauschbeziehungen aufzubauen, in solche Beziehungen zu investieren, sie verfassungsmäßig zu gestalten und auf diese Weise berechnete Erwartungen zu konstituieren."<sup>39</sup>

In diesem Theorie-Design haben moralische Intuitionen die heuristische Funktion, auf uneingelöste Kooperationschancen im allseitigen Interesse hinzuweisen, nicht aber, sie zu *begründen*. Nicht die Moral liefert die Argumente, sondern das umfassende und langfristig angelegte Interessenkalkül.<sup>40</sup> Aufgabe der Sozialethik ist es dann, darauf hinzuweisen, "inwiefern die Industrieländer hier wichtige eigene Entwicklungschancen verspielen und sich statt dessen gravierende Bedrohungen einhandeln",<sup>41</sup> wenn sie sich nicht auf solche Kooperation einlassen.

Dieser Ansatz ist m.E. über argumentationstaktische Gesichtspunkte hinaus insofern vorteilhaft, als es jeder verantwortungsethisch und soziologisch aufgeklärten Ethik darum gehen muß, gesellschaftliche Strukturen zu entwerfen, die es den Individuen erleichtern, in ihrem Handeln dem Gemeinwohl zu dienen. Der "H-O-Test"<sup>42</sup>, d.h. die Frage, ob gesellschaftliche Institutionen auch dann funktionieren, wenn sich die Beteiligten eigeninteressiert (als "homo oeconomicus") verhalten, ist ein sinnvolles Kriterium für die Spielregeln moderner Gesellschaften und muß auch aus der Sicht christlicher Sozialethik keineswegs diskreditiert werden. Das Problem liegt woanders: Reicht das Interessenkalkül aus, um zu *begründen*, daß tatsächlich *alle* Menschen am Vergesellschaftungsprozeß *gleichberechtigt* beteiligt werden müssen? Wenn hier als Argument anstelle des moralischen Universalitätsprinzips nur der Nutzen der Kooperation (oder die Abwendung möglicher Gefahrenpotentiale) zugelassen wird, ist nicht garantiert, daß bestimmte Individuen nicht doch ausgeschlossen bleiben bzw. nicht nur im Status subalternen Wesen minderen Rechts einbezogen werden.<sup>43</sup> Dafür

<sup>37</sup> Ebd., 116-117.

<sup>38</sup> Vgl. Karl Homann/Ingo Pies, Wirtschaftsethik und Gefangenendilemma, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 20 (1991) 608-614.

<sup>39</sup> Habisch/Homann, 129 (Anm. 35).

<sup>40</sup> Ebd., 118, v.a. Anm. 14 u. 119.

<sup>41</sup> Ebd., 132.

<sup>42</sup> Karl Homann/Franz Blome-Drees, Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992, 95.

<sup>43</sup> Habisch/Homann (Anm. 35) gehen selbst kurz (132, Anm. 48) darauf ein: Sie argumentieren, daß im Prozeß der Vergesellschaftung auch Ansprüche auf soziale Gerechtigkeit zugebilligt würden.

müßten ja ständig entsprechende Nutzen- bzw. Gefahrenpotentiale vorliegen und überzeugend deutlich gemacht sowie alternative Nutzungs- bzw. Abwehrstrategien als weniger lukrativ ausgewiesen werden können.<sup>44</sup> Mir scheint hier der entscheidende *moralische* Argumentationsschritt *zwischen* der Heuristik und der Restriktionsanalyse zu fehlen.

Hinsichtlich einiger aktueller Fragen der Dritte-Welt-Problematik will ich meine Bedenken illustrieren<sup>45</sup>: Die durch die wachsende Migration anschwellenden Bedrohungsängste können auch in ein höheres Maß an Abschottungs- und Sicherheitsbestrebungen umschlagen. Das Argument der Gefahrenabwehr reicht eben nur so weit, als die durch die Armen hervorgerufenen Risiken für uns - durch welche Mittel auch immer - auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt werden. Es liefert keine Gründe, die Armen als Subjekte mit eigenen Rechten und eigener Würde ernst zu nehmen. Gerade die Hilfe für die ärmsten Länder, die nicht über wichtige Rohstoffe verfügen oder deren Ressourcen durch Substitutionsprozesse überflüssig geworden sind, deren geringe Kaufkraft Anstrengungen für eine Marktöffnung unrentabel erscheinen lassen, deren billige Arbeitskraft angesichts zunehmender Automatisierung auch kaum mehr komparative Kostenvorteile bringt, deren Umwelt durch die Ausbreitung der Wüste ohnehin schon irreversibel zerstört ist, läßt sich mit Verweis auf das "wohlverstandene Eigeninteresse" kaum begründen. Die Konflikte während der UNCED-Konferenz in Río haben ebenfalls gezeigt, daß die durch die gemeinsame Umwelt von Erster und Dritter Welt gegebene "Zwangssolidarität" nicht unbedingt zu einer gerechten Verteilung der Kosten einer Bewahrung der Umwelt führen muß.<sup>46</sup>

---

Das Problem der "Beziehungslosigkeit" liegt aber darin, daß es überhaupt zur Entstehung einer "Gesellschaft" kommt. Und selbst dann stellt sich die Zubilligung solcher Ansprüche nicht automatisch ein. Das *Anliegen* von *Habisch/Homann* ist ja durchaus dasselbe: die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Systems zum Nutzen *aller* Menschen. Ich habe den Eindruck, daß *Habisch/Homann* - trotz aller Vehemenz in der Ablehnung von "Moral" - die Potentiale einer universalistischen Moral, wie es sie v.a. lebensweltlich in erheblichem Ausmaß in modernen Gesellschaften (noch?) gibt, für die Plausibilität ihrer ökonomischen Rekonstruktion der Begründung humaner gesellschaftlicher Anliegen sehr wohl, wenn auch unter der Hand, ausschöpfen. Man sollte dann vorsichtiger sein mit Diskreditierungen derselben. Denn Moral muß nicht immer nur "in den Bann schlagen" (122), gelegentlich kann auch sie "argumentativ überzeugen". Es gibt eben doch immer wieder Menschen, die "dem Charme einer 'transzendentalpragmatischen Präsuppositionsanalyse'" (125, Anm. 29) erliegen - natürlich nicht wegen deren rhetorischer Brillanz (das ist fürwahr Geschmackssache), sondern wegen der in ihr rekonstruierten, allen Kulturen lebensweltlich gemeinsamen, menschlichen Minimalmoral reziproker Verständigung.

<sup>44</sup> Ein weiteres Problem liegt darin, daß manche ("langfristigen") Interessen erst innerhalb einer gewissen Zeitspanne zu Buche schlagen und deshalb u.U. erst späteren Generationen nützen können. Solange es um Kinder oder Enkel geht, läßt sich evtl. noch mit Eigeninteresse argumentieren. Doch was ist mit einer ferneren Zukunft oder Gesellschaften, in denen der Anteil der Kinderlosen und Alten (mit stärkerer Gegenwartspräferenz!) bereits sehr groß ist?

<sup>45</sup> Ausführlicher mit gleichem Anliegen: *Rottländer*, *Eigeninteresse* (Anm. 21).

<sup>46</sup> Die Schlußfolgerung von globalen Gefahren zur weltweiter Solidarität zieht auch der Club of Rome: *Alexander King/Bertrand Schneider*, *Die erste globale Revolution*, Frankfurt/M. 1992. Vgl. *Hans-Joachim Höhn*, "Zwangssolidaritäten". *Entwicklungspolitik im Kontext einer globalen Risikogesellschaft*, in: *Habisch/Pöner*, 139-152, hier 146 (Anm. 21): "Vor dem Ozonloch sind alle Men-

Der weitere Anstieg der CO<sub>2</sub>-Belastung der Erdatmosphäre läßt sich auch dadurch verhindern, daß den Ländern der Dritten Welt eine stärkere Verbrennung fossiler Energiequellen nicht zugestanden und sie mit Hilfe der Regenwaldproblematik zu Sündenböcken gestempelt werden, anstatt den Schadstoffaustausch zunächst dort zu reduzieren, wo er in besonders hohem Maße anfällt. Wir sitzen zwar alle in einem Boot. Dieses hält aber sehr verschiedene Sitzplätze mit unterschiedlichem Komfort bereit. Präsident *George Bush* hat seinerzeit sogar explizit erklärt, der amerikanische "Way of Life" stehe nicht zur Disposition.<sup>47</sup> Aus der Nicht-Universalisierbarkeit des nordatlantischen Zivilisationsmodells kann ohne Zuhilfenahme moralischer Prinzipien nicht auf eine gleichberechtigte Nutzung der Ressourcen dieser Erde durch alle Menschen geschlossen werden. Ein neu aufkommender Sozialdarwinismus beweist dies. Es besteht die Gefahr, ihn mit Eigennutz-orientierten Argumentationsformen sogar noch zu befördern. So zeigt sich, daß Nutzenkalküle zumindest äußerst anfällig sind, zu Legitimationsideologien zu verkommen. Zu einer nicht nur strategisch kalkulierenden, sondern "moralischen" Haltung und entsprechendem Handeln kommen wir nur, wenn wir uns über unsere Eigeninteressen hinaus dazu bekehren, die prinzipiell gleichberechtigten Interessen der "anderen" zur Geltung kommen zu lassen. Zwar wäre schon viel gewonnen, wenn die Industrieländer wenigsten ihrem "wohlverstandenen Eigeninteresse" - zum Beispiel hinsichtlich drohender Klimaveränderungen - folgten, dem Prinzip der Gerechtigkeit entspricht ein Handeln jedoch erst, wenn der "Schritt vom Eigeninteresse zum Allgemeininteresse, von der begrenzten zur globalen Solidarität" vollzogen wird<sup>48</sup>. Inwieweit die Anerkennung gleicher Rechte aller Menschen nur im Kontext religiöser Sinnbezüge ("Gottesebenbildlichkeit") ihren Grund findet, oder - wie etwa *Habermas* meint<sup>49</sup> - auch ohne sie auskommt, - oder ob gar die Selbstkonstitution des moralischen Subjekts in der Anerkennung aller anderen in sich schon ein religiöser Akt ist, kann und muß hier nicht entschieden werden. Im Zusammenhang der Dritte-Welt-Problematik scheint mir jedenfalls trotz ihres argumentationsstrategischen Vorteils im Kontext pluraler Wertanschauungen die Reichweite von rein Eigennutz-zentrierten Ethikkonzepten nicht zu genügen.

---

schen gleich." Daraus allein folgt jedoch nicht, daß nicht eine Minderheit unter Ausschluß der Mehrheit weiterhin ein (ökologisch vielleicht unbedenklich erscheinendes) Maß an FCKWs verbraucht. Zur Vermeidung solcher Schlüsse nimmt auch *Höhn* - freilich implizit - Rekurs auf Gerechtigkeitsprinzipien (v.a. 150-151).

<sup>47</sup> *Richard Hermle*, Vor allem die Industrieländer sind gefragt, in: *Herder Korrespondenz* 46 (1992) 9, 419-424; hier 424; *Karin Stahl*, Die UN-Konferenz über 'Umwelt und Entwicklung', in: *Jahrbuch Dritte Welt* 1993, 48-60 (Anm. 15).

<sup>48</sup> *Deutsche Kommission Justitia et Pax*, Gerechtigkeit für alle, Bonn 1991, 35.

<sup>49</sup> Vgl. *Jürgen Habermas*, Diskursethik - Notizen zu einem Begründungsprogramm, in: *ders.*, Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln, Frankfurt/M. 1983, sowie *ders.*, Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt/M. 1991.

So schlecht ist es ja auch um eine universelle Ethik auf unserer Erde gar nicht bestellt. Die UNO-Menschenrechtsdeklaration<sup>50</sup>, die Charta der UNO und jüngst die "Erklärung von Río de Janeiro" gehen selbstverständlich immer von der Argumentationsfigur eines *gleichen* Rechtes *aller* Menschen aus. In Río haben die Industrieländer sogar über jedes Eigeninteresse hinaus - wenn auch nur in sehr allgemeiner Form - ihre globale Verantwortung akzeptiert: "Die Industrieländer erkennen die Verantwortung an, die sie im internationalen Bestreben nach nachhaltiger Entwicklung tragen, in Anbetracht der Belastungen, die ihre Gesellschaften der Umwelt der ganzen Welt zufügen und der Technologien und finanziellen Ressourcen, über die sie verfügen."<sup>51</sup>

*Innerhalb* der Gemeinschaft von *Christen* ist ein solcher Argumentationsaufwand natürlich nicht nötig. Die universelle Heilsbotschaft motiviert zu einer universellen Moral, ohne daß man sich als Christ ständig auf ein Sonderwissen berufen müßte. Es kommt darauf an - so schrieb schon *Johannes XXIII.* 1961 in *Mater et Magistra* - daß sich die Menschen "gleichsam als Bewohner ein und desselben Hauses vorkommen" (MM 157), als eine "Menschheitsfamilie" (JM 7). Auch *Johannes Paul II.* schärft die "universale Bestimmung der Güter der Erde" ein (SRS 42, CA 31), sieht die Kirche "an die Seite der Armen gerufen" (SRS 39) und stellt hohe Ansprüche an die Industrieländer: "Indem die stärkeren und reicheren Nationen *jedlichen Imperialismus* und alle Absichten, die *eigene Hegemonie* zu bewahren, überwinden, müssen sie sich für die anderen *moralisch verantwortlich* fühlen, bis ein *wirklich internationales System* geschaffen ist, das sich auf der Grundlage der *Gleichheit* aller Völker und auf die notwendige Achtung ihrer legitimen Unterschiede stützt." (SRS 39)<sup>52</sup> Es mag durchaus sein, daß die faktisch auf einem partikularen Glauben beruhende Option für die Armen in modernen Gesellschaften erst dadurch politisch relevant wird, daß deren Anhänger einen solchen politischen Druck erzeugen, daß sie auch auf Politiker eine Wirkung haben, die allein nach Eigeninteresse (wiedergewählt zu werden) handeln. Die indirekte Durchsetzung<sup>53</sup> solcher Anliegen beruht jedoch darauf, daß sie moralisch begründet werden können. Sie nimmt "Moral" als Ressource in Anspruch.

---

50 Wenn die Mächtigen mancher Entwicklungsländer aus politischen Gründen (vgl. Wiener Menschenrechtskonferenz) die universelle Gültigkeit der Menschenrechte hinterfragen, die unter ihrer Repression Leidenden sich aber gleichzeitig auf sie berufen, dann spricht das ja nicht gegen, sondern eher für deren Chance universeller Anerkennung. Vgl. *Rottländer, Eigeninteresse*, 174 (Anm. 21).

51 Die Erklärung von Río de Janeiro, in: ZEIT-Schriften 1/1992, 94-95.

52 Hervorhebungen im Zitat.

53 Vgl. *Rottländer, Eigeninteresse*, 176-180 (Anm. 21).

#### IV. Strategien und Maßnahmen

Die Handlungsmöglichkeiten der Industrienationen lassen sich auf drei Ebenen explizieren: Unterstützung von Veränderungen in den Entwicklungsländern, Gestaltung eines gerechten Weltsystems und Veränderungen in den Industrieländern selbst.

##### 1. Armutsorientierung der Entwicklungspolitik

In der Frage, was zur Bekämpfung der Armut in der "Dritten Welt" getan werden kann, haben sich in den letzten Jahren Veränderungen vollzogen, die zu einer weniger ideologisch belasteten Betrachtungsweise und einem "neuen Realismus" geführt haben. Solange man die Ursache der Armut in der "Dritten Welt" vorrangig im "Rückstand" der "Entwicklungs\*-Länder sah, bestand die für notwendig gehaltene Hilfe in der Unterstützung einer "nachholenden Entwicklung", deren Ziele und Mittel durch den Vorsprung der Industrieländer fraglos vorgegeben war.<sup>54</sup> Mit gutem Grund wurde dieser Ansatz in den 60er Jahren von einem neuen Paradigma abgelöst, das in der "Abhängigkeit" die entscheidende Ursache der Unterentwicklung sah und deshalb einen Bruch dieser Abhängigkeit und eine vom Weltmarkt relativ unabhängige "autozentrierte Entwicklung" anstrebte.<sup>55</sup> Gerade diejenigen Länder, die meist unter sozialistischem Vorzeichen eine solche Strategie versucht haben, zeigten, daß sie - z. T. auf Grund einer noch unterschätzten Abhängigkeit<sup>56</sup> - zum Scheitern verurteilt war. Umgekehrt waren marktwirtschaftlich orientierte (meist ostasiatische) Länder, die eine Strategie stärkerer Weltmarktintegration einschlugen, im vergangenen Jahrzehnt

<sup>54</sup> Diese Position vertritt offenbar immer noch *Wagner*, Wachstum, 25 (Anm. 6).

<sup>55</sup> Vgl. *Dieter Senghaas*, Dissoziation und autozentrierte Entwicklung, in: *ders. (Hrsg.)*, Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt/M. 1979, 376-412. Ich selbst bin in meiner Dissertation (Entwicklung oder Befreiung? Saarbrücken 1988, 69-90) noch vom "Abhängigkeitsparadigma" ausgegangen, würde aber die These vertreten, daß die wesentlichen, durch die lateinamerikanischen Theologieansätze vermittelten Erkenntnisfortschritte einer "Ethik der Befreiung" gegenüber der "Ethik der Entwicklung" (vgl. 508-511), nämlich die Notwendigkeit sorgfältiger Situationsanalyse im Dialog mit den Sozialwissenschaften, der ständig neu zu erringende Praxisbezug, der sozialetische Vorrang der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen vor individueller Bekehrung und die Option für die Armen, in deren befreiendem Handeln das Reich Gottes schon gegenwärtig ist, auch unter anderen sozioökonomischen Prämissen Gültigkeit behalten.

<sup>56</sup> Tatsächlich werden asymmetrische Abhängigkeiten in Form eines "Sachzwangs Weltmarkt" (vgl. *Elmar Altvater*, Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987) auch nach dem Ende des Booms dependenztheoretischer Ansätze von niemandem geleugnet, der von der Sache etwas versteht. Ein unverdächtiger Zeuge ist *Norbert Kloten* (Verwicklung und Entwicklung. Von den Zwängen und den Befreiungspotentialen der Weltwirtschaft, in: *Hermann Weber [Hrsg.]*, Entwicklung. Der Begriff und die Praxis, Bonn 1990 [KAAD], 64-84): "Die Weltwirtschaft hat sich zum dominanten Bestimmungsfaktor des nationalen wirtschaftlichen Geschehens 'gemausert.'" (68) Vgl. *Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialetik"*, Von der Dependenz zur Interdependenz, Bonn 1994; *Andreas Lienkamp*, Befreiungstheologie und Dependenztheorie, in: JCSW 33 (1992) 85-116.

ökonomisch besonders erfolgreich<sup>57</sup> - wobei entgegen der "reinen Lehre" dem Staat meist eine wichtige Gestaltungsfunktion zukam. Dies bedeutet nun zwar nicht, daß diese Beispiele einfach universalisierbar wären, zeigt aber doch, daß die Handlungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer im bestehenden Weltmarktsystem positiver einzuschätzen sind, als dies dependenztheoretische Sichtweisen für möglich hielten. Letztlich sind die internen Verhältnisse der Entwicklungsländer entscheidend dafür, wie bestimmte externe Faktoren sich auswirken.<sup>58</sup> So wird heute kaum mehr bestritten, daß eine Politik der Abschottung vom Weltmarkt langfristig kontraproduktiv ist und deshalb umgekehrt "Strukturanpassungen" die Bedingungen schaffen, die ein wirtschaftliches Wachstum ermöglichen.<sup>59</sup> Hatte man dabei zunächst eher auf die "Selbsteilungskräfte" des Marktes vertraut und enorme soziale Kosten in Kauf genommen, entdeckte man zunehmend die ordnungspolitischen Defizite, die durch Deregulierung allein nicht zu beseitigen sind. Auch für die Effektivität wirtschaftlicher Reformen scheint der Abbau politischer Blockaden entscheidend zu sein.<sup>60</sup> Es wächst das Bewußtsein, daß Liberalisierung unter den Bedingungen extrem ungleicher Startchancen die Disparitäten zu verschärfen droht, die dann selbst zu Entwicklungs- und Wachstumshemmnissen werden, während umgekehrt ein bestimmtes Maß an Gleichheit der Güterverteilung, der Zugangs- und Partizipationschancen sowie sozialer Absicherung auch ökonomisch effizient sein kann und eine weit dynamischere Entwicklung ermöglicht<sup>61</sup>. Die Kinderhilfsorganisation UNICEF forderte schon bald eine "Anpassung mit menschlichem Gesicht"<sup>62</sup>. Auch die Weltbank betonte in ihrem "Armutbericht" 1990, daß ökonomische Liberalisierung mit dem Ziel der Freisetzung produktiver Kräfte alleine nicht ausreicht, sondern im Sinne einer "Doppelstrategie" durch "die Bereitstellung grundlegender sozialer Leistungen für die Armen", dabei v.a. "Grundversorgung im Gesundheitsbereich, Familienplanung, Ernährung und Grundschulbildung" ergänzt werden muß.<sup>63</sup>

Auch wenn dieser jetzt erreichte Stand der Theoriebildung die bisherigen Zielvorstellungen "autozentrierter Entwicklung" und die für möglich gehaltenen Mittel stark verändert, dabei etwa die Integration in den Weltmarkt

<sup>57</sup> Vgl. Helmut Helmschrott/Rigmar Osterkamp/Siegfried Schönherr, Stagnation in der Dritten Welt - hat die Wirtschaftspolitik versagt? (Ifo-Studien zur Entwicklungsforschung 23), München 1992.

<sup>58</sup> Vgl. Ulrich Menzel/Dieter Senghaas, Europas Entwicklung und die Dritte Welt, Frankfurt/M., 2. Aufl. 1991.

<sup>59</sup> Vgl. die relativ positive, wenn auch nicht unkritische Bewertung der Strukturanpassungsmaßnahmen bei Dirk Hansohm/Robert Kappel, Afrika - ein Abschreibungsprojekt? in: Peripherie 12 (1992) 45, 7-31, u. Rainer Tetzlaff, Strukturanpassung - das kontroverse entwicklungspolitische Paradigma in den Nord-Süd-Beziehungen, in: Nohlen, 420-445 (Anm. 6).

<sup>60</sup> Vgl. Rasul Shams, Hemmnisse der wirtschaftspolitischen Reformpolitik in Entwicklungsländern, in: Hermann Sautter (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern (Schriften des Vereins für Socialpolitik NF 209), Berlin 1991.

<sup>61</sup> Vgl. Arno Tausch, Jenseits der Weltgesellschaftstheorien, München 1991; Hartmut Elsenhans, Korreferat zum Referat von O. Gans, in: Sautter, 109-133 (Anm. 60).

<sup>62</sup> Giovanni Andrea Cornia (Hrsg.), Anpassung mit menschlichem Gesicht, Bielefeld 1989.

<sup>63</sup> Weltbank 1990, 3 (Anm. 10).

und die Liberalisierung der Märkte nicht mehr verteufelt, sondern ausdrücklich anstrebt<sup>64</sup>, ist eine wichtige Einsicht der Diskussion um die dependenztheoretischen Ansätze weiterhin festzuhalten: Die Menschen der armen Länder müssen selbst Subjekte ihrer Entwicklung werden. Sie wissen selbst am besten, was in ihrer konkreten Situation eine normativ als positiv bestimmte "Entwicklung" sein könnte. Sie allein sind es letztlich, die der Ausbeutung und Unterdrückung seitens der nationalen Eliten etwas entgegenzusetzen können, die bisher in vielen Ländern die bestehenden Interdependenzen zwischen Nord und Süd vor allem zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen verstanden. Die vornehmste Aufgabe der reichen Nationen besteht deshalb darin, die Solidaritätsbewegungen der Armen in dieser Subjektwerdung zu unterstützen, ohne der Gefahr paternalistischer Bevormundung zu erliegen.

Das hierfür notwendige Konzept einer "armutsorientierten Entwicklungspolitik", das die "Grundbedürfnisstrategie" der 70er Jahre fortschreibt, hat breite Anerkennung gefunden. Es wurde vom Deutschen Bundestag in einem Beschluß vom 10.05.90 bekräftigt<sup>65</sup>, vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken unterstützt<sup>66</sup> und bildet offiziell auch die Basis der Arbeit des BMZ<sup>67</sup>. Das Konzept bedeutet zunächst, daß alle entwicklungspolitischen Maßnahmen daraufhin überprüft werden müssen, welche Folgen sie für die Schwächsten einer Gesellschaft haben. Aber als "Hilfe zur Selbsthilfe" nimmt es die Armen nicht nur als Betroffene ernst. Es geht aus von den Initiativen und Organisationen der Armen und ihren Fähigkeiten zur gegenseitigen Solidarität<sup>68</sup>. Sie kommen in einer unübersehbaren Zahl von phantasievollen Aktivitäten von Elendsviertelbewohnern im informellen Sektor der Wirtschaft, in Landbesetzungen durch landlose Bauern, in Gewerkschafts- und Genossenschaftsgründungen, Sparkassen und politischer Mobilisierung zum Ausdruck. Solche Initiativen können von außen mit humanen und finanziellen Ressourcen behutsam unterstützt und durch Bil-

<sup>64</sup> Es gibt freilich auch Gegenströmungen, die Freihandel begrenzen und Protektionismus ausweiten wollen. Der französische Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften (1988), *Maurice Allais*, begründet dies u.a. mit der ungenügenden Konstanz der komparativen Kostenvorteile (Währungsspekulation etc.) und den damit gegebenen hohen Risiken vertiefter Arbeitsteilung, v.a. im Falle geringer Nachfrage- und Angebotselastizitäten: *La politique de libre-échange, le GATT, et la construction européenne*, in: *Révue d'Economie Politique* 1044 (1994) 1, 3-23.

<sup>65</sup> Der Beschlußtext entspricht dem Antrag "Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe", Deutscher Bundestag Drucksache 11/6137, 19.12.89.

<sup>66</sup> Offensive für die Armen, in: *Herder-Korrespondenz* 45 (1991) 79-84.

<sup>67</sup> Obwohl sich *Spranger* immer wieder auf das Konzept beruft (z.B. bei der Eröffnung der Adveniat-Aktion am 27.11.93 in Würzburg) sind für 1994 nur 13,3% der Mittel für Selbsthilfeprojekte ausgewiesen. *Winfried Pinger*, entwicklungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, hat dem BMZ deshalb auch "Etikettenschwindel" vorgeworfen (KNA 223, 20.11.93).

<sup>68</sup> Vgl. *Hans-Rimbert Hemmer/Herbert Kötter*, *Armutsorientierte kirchliche Entwicklungsarbeit* (Misereor-Dialog 8), Aachen 1990; *Hans-Rimbert Hemmer*, *Theoretische Grundlagen einer armutsorientierten Entwicklungspolitik*, in: *Peter Hünermann/Margit Eckholt* (Hrsg.), *Katholische Soziallehre - Wirtschaft - Demokratie*, Mainz, München 1989, 67-91; *Deutsche Kommission Justitia et Pax*, 55-59, 67-68 (Anm. 48).

dungsangebote gefördert werden.<sup>69</sup> Projekte, die die Partizipation der Armen voraussetzen und fördern, stärken deren Selbsthilfepotentiale und die Chancen politischer Veränderungen von unten. Selbsthilfe hat deshalb unverzichtbar eine politische Dimension, die nicht selten den Interessen der Herrschenden zuwiderläuft. "Selbsthilfe marginaler Gruppen bedeutet ex definitione immer einen Konflikt mit dem dominierenden System."<sup>70</sup> Solche Basisinitiativen der Armen werden deshalb häufig politisch unterdrückt. In rechtsstaatlich ungesicherten Gesellschaften sind sie der Willkür der Verwaltungen und der wirtschaftlich und politisch Mächtigen ausgeliefert. Deshalb ist es von größter Bedeutung, daß die Entwicklungsländer durch interne wirtschaftliche, politische und soziale Reformen diese Selbsthilfepotentiale freilegen und fördern, was erhebliche strukturelle Veränderungen erfordert (z.B. Landreformen), deren Durchsetzung aus der Ersten Welt mit Menschenrechtsarbeit und "Politikdialog"<sup>71</sup> solidarisch abgesichert werden kann. Deshalb ist es auch sinnvoll, Entwicklungshilfe an die Einhaltung von Menschenrechten zu binden, ohne daß diese deshalb politisch im Interesse der Geberländer instrumentalisiert werden dürfen.<sup>72</sup>

## 2. Reform des Weltwirtschaftssystems

Für die zweite Ebene von Maßnahmen tragen die Industrienationen noch viel größere Verantwortung. Während manche wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze immer noch von einer inhärent-spontanen Marktstabilität ausgehen und davor warnen, die ohnehin prekäre Konstanz internationaler Verhaltenserwartungen durch politische Koordinierungsversuche zu gefährden, betonen andere, daß die globalen Ordnungen, die der Weltmarkt um seiner eigenen Effizienz willen braucht, sich dort genauso wenig "von selbst" einstellen wie auf den nationalen Märkten, wo "Ordnungspolitik" und zumindest minimaler sozialer Ausgleich als Notwendigkeit längst erkannt sind. Sollen die Risiken ungewollter "spill-over"-Effekte vermieden

---

<sup>69</sup> Zu den Problemen einer Förderung des informellen Sektors mit Rückwirkung auf Migration und Arbeitslosigkeit vgl. *Hans-Rimbert Hemmer/Christine Mannel*, Zur ökonomischen Analyse des städtischen informellen Sektors, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 39 (1988) 297-312, und die Erwiderung von *Jörg Altmann*, Zur Theorie des informellen Sektors, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 41 (1990) 89-103.

<sup>70</sup> *Hemmer/Kötter*, 119 (Anm. 68).

<sup>71</sup> Zum häufig sehr schwierigen Politikdialog vgl. *Peter P. Waller*, Internationale Unterstützung des Reformprozesses in Entwicklungsländern im Rahmen von Auflagenpolitik und Politikdialog - das Beispiel patrimonialer Regime in Afrika, in: *Sautter*, 191-212 (Anm. 60).

<sup>72</sup> Das Beispiel der VR China beweist, daß die Versuchung dazu groß ist. Dies führt zu einer "doppelten Moral": gegenüber schwachen Ländern wird auf der Einhaltung von Menschenrechten bestanden; bei wichtigen Handelspartnern zeigt man sich im eigenen Interesse flexibler. Die im November 1993 gewährte 351-Millionen-Hilfe für den U-Bahn-Bau in Kanton ist eine "Hilfe zur Selbsthilfe" in ganz anderem Sinn. Sie ist, so die Kritik des Leiters des vom Deutschen Katholischen Missionsrat getragenen China-Zentrums, "Geldtransfer nach Siemens" (KNA-ID 48, 02.12.93).

und der Wettbewerb nicht durch unterschiedlich internalisierte externe soziale und ökologische Kosten verzerrt werden, sind in zunehmendem Maß international verbindliche Vereinbarungen notwendig, für die das GATT einen Anfang darstellt.<sup>73</sup> "Free Trade" wird ohne "Fair Trade" nicht konsensfähig sein.<sup>74</sup> Zur ständigen Weiterentwicklung des Regelwerks fordern insbesondere UNO-Organisationen zunehmend einen Ausbau der internationalen Institutionen bis hin zu einem "Welt-Entwicklungs-Sicherheitsrat".<sup>75</sup> Vielleicht kann auch die EG in manchem ein Modell für die notwendige globale Koordinierung abgeben.<sup>76</sup> Bei dieser "Erddpolitik"<sup>77</sup> ist jedoch wie im Falle Europas darauf zu achten, daß der Ausbau internationaler Institutionen mit der Fortentwicklung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten (nicht nur der souveränen Staaten!) und der Bildung einer internationalen zivilgesellschaftlichen Weltöffentlichkeit einhergeht, damit sich diese neue Ebene politischer Macht nicht jeder Kontrolle entzieht.<sup>78</sup> Dies erfordert z.B. eine stärkere weltweite Vernetzung der Nicht-Regierungs-Organisationen.

### 3. Notwendige Strukturanpassungen

Während die Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern den freien Welthandel proklamieren, schotten sie ihre Märkte durch ein System progressiv mit dem Verarbeitungsgrad steigender Zölle und nicht-tarifärer Handelshemmnisse vor der Konkurrenz der Entwicklungsländer ab.<sup>79</sup> Durch die so verweigerte Strukturanpassung "beuten die Industrieländer in der Tat freiwillige (oder erzwungene) Vorleistungen der Entwicklungsländer aus."<sup>80</sup> Rechnet man noch die Migrationsbeschränkungen hinzu, die einen internationalen Arbeitsmarkt verhindern, dann summieren sich die daraus den Entwicklungsländern entstehenden Verluste auf jährlich 500 Milliarden US-Dollar, ein Vielfaches der ihnen zugehenden Entwicklungs-

<sup>73</sup> Eine sehr differenzierte Diskussion der Problematik internationaler Koordinierung des Weltmarktes findet sich bei: *Helmut Wagner*, Einführung in die Weltwirtschaftspolitik, München u.a. 1991.

<sup>74</sup> *Jagdish Bhagwati*, Free trade: old and new challenges, in: *The Economic Journal* 104 (1994) 423, 231-246.

<sup>75</sup> *UNDP*, 78-90 (Anm. 8).

<sup>76</sup> *Franz Furger/Joachim Wiemeyer*, Ethische Reflexionen zur Weltwirtschaftsordnung, in: *Ricardo Antoncich/Francisco Ivern/Lothar Roos* (Hrsg.), Armut. Herausforderung für Wirtschafts- und Sozialordnung (Lateinamerika und die Katholische Soziallehre 2), Mainz 1993, 259-290.

<sup>77</sup> Vgl. *Ernst U. von Weizsäcker*, Erddpolitik, Frankfurt/M. 1990.

<sup>78</sup> In diese Richtung argumentieren *Friedhelm Hengsbach/Matthias Möhring-Hesse*, Globale Gerechtigkeit durch interkulturelle Sensibilität, in: *Habisch/Pöner*, 181-206 (Anm. 21).

<sup>79</sup> Hinsichtlich der EG vgl. den in Darstellung und Bewertung äußerst differenzierten Beitrag von *Joachim Wiemeyer*, Regeln und Institutionen des Handels zwischen Industrie- und Entwicklungsländern am Beispiel der EG, in: *Karl Homann* (Hrsg.), Wirtschaftsethische Perspektiven I (Schriften des Vereins für Socialpolitik NF 228/1), Berlin 1994, 241-273.

<sup>80</sup> *Habisch/Homann*, 132 (Anm. 35). Entsprechende Defizite werden im Prinzip auch vom BMZ anerkannt: Neunter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 12/4096), Bonn 1992, 27-28.

hilfe.<sup>81</sup> Sicherlich würden entsprechende Anpassungen (v.a. in der Landwirtschaft und arbeitsintensiven Industriezweigen) große Probleme verursachen. Sie können weder von heute auf morgen noch ohne eine gerechte Verteilung der Lasten und soziale Abfederung erfolgen. Aber bislang ist nicht einmal ein ausreichender politischer Wille aller Industrieländer sichtbar, die eigenen Prinzipien auch wirklich auf sich selbst anzuwenden.

Eine noch schmerzlichere Strukturanpassung der Industrieländer ist jedoch aus ökologischen Gründen notwendig.<sup>82</sup> Seit der UNCED-Konferenz in Río ist das Schlagwort der "nachhaltigen Entwicklung"<sup>83</sup> in aller Munde. Darunter ist nach dem Brundtland-Bericht eine Entwicklung zu verstehen, "die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können."<sup>84</sup> "Die Forderung, diese Entwicklung 'dauerhaft' zu gestalten, gilt für alle Länder und alle Menschen."<sup>85</sup> Sie ist deshalb nicht nur auf die Dritte Welt zu beziehen. Aus ökonomischen, technologischen und moralischen Gründen setzt umweltgerechte Entwicklung dort voraus, daß die Erste Welt entscheidende Schritte in Richtung eines Zivilisationsmodells vorangeht, das einmal von allen Menschen gelebt werden kann, ohne die Ökosphäre zu vernichten. Das Prinzip "nachhaltige Entwicklung" verlangt also vor allem von den Industrieländern eine antizipative "Strukturanpassung" an eine politisch auf globaler Ebene anzustrebende Ordnung. Dies betrifft den Energie- und Rohstoffverbrauch, den Schadstoffausstoß, die Entwicklung intelligenterer Technik und ökologisch verträglicher Verkehrssysteme. Da vorhandene Ressourcen sowie v.a. die Schadstoffaufnahmekapazität der Erde auch durch technischen Fortschritt nicht gesteigert, allenfalls effizienter genutzt werden können, in den Entwicklungsländern aber stärkeres Wachstum der materiellen Produktion unumgänglich ist, wird es hier echte Verteilungskonflikte geben, die die moralische Forderung des "Teilens" in ihr Recht setzen. Freilich ist dabei eine globale Koordinierung auf der o.g. zweiten Ebene notwendig, damit sich Vorleistungen der Vorreiter tatsächlich als Wettbewerbsvorteile auszahlen.

<sup>81</sup> UNDP, 66-67 (Anm. 8).

<sup>82</sup> Vgl. den Beitrag von Wilhelm Korff in diesem Band.

<sup>83</sup> Hans-Jürgen Harborth, Sustainable Development - dauerhafte Entwicklung, in: Nohlen, 231-247 (Anm. 6); Hermann Sautter (Hrsg.), Entwicklung und Umwelt (Schriften des Vereins für Socialpolitik 215), Berlin 1992.

<sup>84</sup> Volker Hauff (Hrsg.), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, 46. Das Konzept enthält natürlich eine Reihe von Problemen, die hier nicht diskutiert werden können, z.B. die Frage nach der Definition von "Bedürfnissen", die für zukünftige Generationen noch viel schwieriger ist als ohnehin schon für die Gegenwart. Vgl. Manfred M. Neef u.a., Entwicklung nach menschlichem Maß, eine Option für die Zukunft (Entwicklungsperspektiven 39), Kassel 1990.

<sup>85</sup> Hauff, XV (Anm. 84).

V. Ausblick: Die Herausforderung christlicher Sozialethik

Ohne eine breite Solidarität der reichen Länder mit den Bewegungen der Armen in der Dritten Welt und, vor allem, ohne die Bereitschaft zu einer radikalen Überprüfung unseres "Zivilisationsmodells" wird die drängende, international gewordene "Soziale Frage" des 20. Jahrhunderts, die über die Umweltproblematik mit der "Überlebensfrage" der Menschheit verbunden ist, nicht bewältigt werden können. Wahrscheinlich noch mehr als am Ende des 19. Jahrhunderts hängen heute Glaubwürdigkeit und Zukunft der Kirche davon ab, ob und wie ernsthaft sie sich dieser Herausforderung stellt. Christliche Sozialethik als theologische Disziplin hat hier subsidiär ihren Beitrag zu leisten, indem sie die Christen in ihrem politischen Handeln durch die Bereitstellung sozialwissenschaftlicher Kompetenz, die Ausarbeitung von Kriterien normativer Bewertung und das theologische Sinnangebot der Deutung der Zeichen der Zeit, des eigenen Handelns mit eingeschlossen, "im Lichte des Evangeliums" unterstützt. Dies ist ohne einen engeren Kontakt mit den Erfahrungen und der Praxis der Menschen in der Dritten Welt nicht möglich. Dabei stehen wir als europäische Christen einer doppelten Herausforderung gegenüber, nämlich uns einerseits von der Universalität des Heilsangebots und der menschlichen Würde aller Menschen in die Pflicht nehmen zu lassen, andererseits aber der Partikularität unserer konkreten Gestalten des Wissens, der Moral und der Hoffnung in großer Bescheidenheit bewußt zu bleiben, um die anderen nicht mit gutgemeintem Eifer in ihrer Subjektivität zu verletzen.<sup>86</sup> Gerade Christen haben es zu lernen, die folgenden zwei Fragen zu trennen: "Glaubst und wünschst du, was ich glaube und wünsche?" und die Frage: "Leidest du?"<sup>87</sup> Auch wenn wir in vielem reicher sind, nicht zuletzt an wissenschaftlichem Personal, an Bibliotheken, an überprüfbaren Ergebnissen empirischer Forschung, haben wir doch in der Begegnung mit den Armen sehr viel zu lernen. Es mag pathetisch klingen, aber ich habe die Hoffnung, daß es stimmt: "Die Armen sind die Zukunft der Reichen."<sup>88</sup> Dazu muß auch in der Kirche der echte interkulturelle Dialog<sup>89</sup> und eine entsprechende Konfliktfähigkeit erst noch gelernt werden, ja überhaupt eine Sozialethik der Multikulturalität erst noch entwickelt werden.

<sup>86</sup> Vgl. Michael Walzer, Zwei Arten des Universalismus, in: Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart (1990) 7, 7-25.

<sup>87</sup> Richard Rorty, Kontingenz, Ironie und Solidarität, Frankfurt/M. 1989, 320. Das moralische Potential des Mitleids arbeitet heraus: Johannes Müller, Mit-Leiden als Grundlage mitmenschlicher Solidarität, in: Habisch/Pöner, 207-222 (Anm. 35).

<sup>88</sup> Jean Ziegler, Der Sieg der Besiegten, München 1992.

<sup>89</sup> Ein positives Beispiel hierfür ist das "Dialogprogramm Lateinamerika-Deutschland", auch wenn für die Zukunft eine breitere Beteiligung gegensätzlicher Positionen eingeklagt werden muß, damit die eigentlich strittigen Fragen auf den Tisch kommen: Peter Hünermann/Juan Carlos Scannone (in Zusammenarbeit mit Margit Eckholt) (Hrsg.), Lateinamerika und die Katholische Soziallehre, 3 Bde., Mainz 1993.